

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung 27.11.2023



E/26 - 2021/2026 -

Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 20:55 Uhr

Vorsitz:

Stadtverordnetenvorsteher Kissel, Luca CDU

Anwesend:

stellv. Stadtverordnetenvorsteherin	Ouariach, Loubna	WsR
Stadtverordnete	Alcocer-Maestre, Julia	CDU
Stadtverordneter	Belger, Peter Hermann	B90/Grüne
Stadtverordnete	Bellafkir, Tissam	WsR
Stadtverordnete	Bruttger, Inge	B90/Grüne
Stadtverordneter	Duranoglu, Mahmut	FNR
Stadtverordneter	Einsle, Nicklas	CDU
Stadtverordneter	Erdogan, Kadir	SPD
Stadtverordneter	Erol, Ridvan	SPD
Stadtverordneter	Evdokiou, Christos	WsR
Stadtverordnete	Frost, Sabine	SPD
Stadtverordneter	Fuchs, Thomas	FDP
Stadtverordneter	Gabriel, Steffen	WsR
Stadtverordneter	Ghazi, Mohammed	WsR
Stadtverordneter	Gluch, Michael	SPD
Stadtverordneter	Güler, Fatih	SPD
Stadtverordnete	Kapp, Petra	CDU
Stadtverordnete	Klein, Kerstin	SPD
Stadtverordnete	Krisch, Cerstin	SPD
Stadtverordneter	Lahm, Gernot	B90/Grüne
Stadtverordnete	Latsch, Birgid	FDP
Stadtverordneter	Merten, Nils	CDU
Stadtverordneter	Münch, Peter	SPD
Stadtverordneter	Nasseh, Giorgio	SPD
Stadtverordneter	Pellilli, Angelo	SPD
Stadtverordneter	Schumann, Jörg	B90/Grüne
Stadtverordneter	Warraich, Kamran	SPD

Entschuldigt:

stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Becker, Wolfgang	abwesend	CDU
Stadtverordneter	Hartmann, Hans-Joachim	abwesend	FDP
Stadtverordneter	Teppich, Stefan	abwesend	CDU

Magistrat:

Bürgermeister	Rendel, David	SPD
Stadtrat	Dima, Cesare	
Stadtrat/Dezernent	Jehle, Ekkehard	CDU
Stadtrat	Kurkulakis, Aneste Wilhelm	CDU
Stadtrat	Schalle, Volker	B90/Grüne
Stadtrat	van Loon, Adrianus	FDP

Entschuldigt:

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
27.11.2023



E/26 - 2021/2026 -

Erste Stadträtin/Dezer- nentin	Herberich, Dorothee
Stadtrat	Salur, Muhittin

abwesend	SPD
----------	-----

abwesend	SPD
----------	-----

Verwaltung:

Schriefführerin	Marquardt, Gabriele
-----------------	---------------------

Gäste/Sonstige:

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Magistrates und der Fraktionen sowie Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Die Beschlussfähigkeit der Versammlung wird erklärt.

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass die Sitzung zu Protokollzwecken aufgezeichnet wird und ein Livestream über den Raunheimer YouTube-Kanal erfolgt. Einwände gegen die Aufzeichnung werden nicht erhoben.

Die Vorbesprechung des Ältestenrates hat ergeben, dass in Block I die TOP 10, 11, 12, 13 und 14 zur Abstimmung kommen. TOP 15 wird seitens der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

öffentlicher Sitzungsteil

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.09.2023
2. Resolution der SPD-Fraktion
zum entschiedenen Vorgehen gegen Verleumdung, üble Nachrede und Hetze in den Sozialen Medien gegen die Stadt Raunheim und deren Angestellte, sowie zur Durchsetzung der gesetzlichen Regelungen zum Datenschutz in der Stadt Raunheim
- 2.1 Änderungsantrag: Resolution der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Raunheim für ein gutes Miteinander
3. 2023-588 1. Änderung der Abfallsatzung der Stadt Raunheim;
1. Änderung der Abfallgebührensatzung zur Abfallsatzung der Stadt Raunheim
4. FA/2023-593 WsR - Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2023-588 Abfallsatzung / Abfallgebührensatzung
5. 2023-575 1. Änderung der Katzenschutzverordnung für das Gebiet der Stadt Raunheim
6. 2023-591 Änderung der Anstaltssatzung der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR -
gemeinsame kommunale Anstalt öffentlichen Rechts der Städte Raunheim und Rüsselsheim am Main
hier: § 12 Abs.3
7. 2023-568 Gemeinsame Stellungnahme der Städte Raunheim und Flörsheim zum Planfeststellungsverfahren „Obligatorischer Rahmenbetriebsplan Erweiterung OST1 einschl. Änderung Rahmenbetriebsplan 2010 Quarzsand- und -kiestagebau Raunheim“
8. 2023-589 Bebauungsplan 61.23.39 „Mainzer Straße / Bahnhofstraße“
hier: 1. Änderung

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
27.11.2023



E/26 - 2021/2026 -

9. 2023-584 Schiedsamt;
Wiederwahl der bisherigen Schiedsfrau, Frau Anna Kollmann, zur Schiedsperson für den Schiedsbezirk Raunheim
Wahl von Frau Francesca Lupo zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsbezirk Raunheim
10. FA/2023-542 SPD-Prüfantrag
Verbesserung der Kinder- und Jugendbeteiligung
11. FA/2023-569 SPD-Prüfantrag
Entsiegelung von öffentlichen und privaten Flächen
12. FA/2023-570 FDP-Antrag
zur Verkehrssicherung und Verkehrsberuhigung
13. FA/2023-571 SPD-Prüfantrag
Einrichtung eines Grünschnittplatzes in Raunheim
14. FA/2023-572 WsR-Prüfantrag
Anschaffung eines Mobilen Grünen Zimmers
15. FA/2023-574 B90-Die Grünen-Antrag
auf Wiederaufnahme der Berücksichtigung einer Steuerermäßigung für Hunde aus dem Tierheim oder aus staatlich anerkannten Tierschutzorganisationen
16. FA/2023-594 SPD - Änderungsantrag zur Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Raunheim
17. FA/2023-546 CDU-, WsR- und B90/Die Grünen.Antrag: Aufhebung der Drucksache 2023-515: Hier Nachträgliche Genehmigung von Provisionszahlungen an den Betriebsleiter des Eigenbetrieb Stadtentwicklung
18. Schriftliche Anfrage SPD-Fraktion
Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und Beschränkungen von Glücksspielbetrieben in Raunheim
19. Verschiedenes

nicht-öffentlicher Sitzungsteil

20. 2023-576 Jahresvertrag zur Ausführung von Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten im Bereich Straßen-, Kanal- und Tiefbauarbeiten
Hier: Auftragsvergabe
21. 2023-586 Stundungsantrag zur Gewerbesteuer

Sitzungsverlauf

öffentlicher Sitzungsteil

1. **Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.09.2023**

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig bei einer Enthaltung**

2. **Resolution der SPD-Fraktion zum entschiedenen Vorgehen gegen Verleumdung, üble Nachrede und Hetze in den Sozialen Medien gegen die Stadt Raunheim und deren Angestellte, sowie zur Durchsetzung der gesetzlichen Regelungen zum Datenschutz in der Stadt Raunheim**

Bürgermeister Rendel verweist auf seine Rede anlässlich der Einbringung des Haushalts, in der er bereits auf die unlauteren und rechtswidrigen Methoden eingegangen sei, die ausschließlich zur Durchsetzung eigener Interessen dienen würden. Seiner Einschätzung nach würde dieser Weg des Misstrauens, der Diskreditierung und des Mobbinges letztendlich die Stadt zu Grunde richten und all denjenigen Schaden zufügen, für deren bestmögliche Zukunft die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Gesamtheit zu sorgen hat. Auch in der Vergangenheit hätte es unterschiedliche Standpunkte gegeben, jedoch hätte das Erreichen der Ziele stets im Fokus gestanden. Der Bürgermeister betont, dass man sich nicht darauf verlassen kann, dass die erreichten Ziele auch weiterhin Bestand haben. Vielmehr müsse sich Stadt und damit das Parlament den Herausforderungen in der Zukunft immer wieder auf Neue stellen. Dies würde für alle Bereiche des öffentlichen Lebens gelten. Bürgermeister Rendel unterstreicht ausdrücklich, dass er sich sehr breit vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellt, denn ohne diese wären die Herausforderungen der Zukunft nicht zu meistern. Er führt aus, dass entschieden gegen Verleumdungen, Mobbing, üble Nachrede, Beleidigungen und persönliche Angriffe aus den sozialen und regulären Medien vorzugehen sei. Die Stadtverordneten hätten für unseren Rechtsstaat einzustehen. Leider entstünde momentan jedoch der Eindruck, dass die Rechtsstaatlichkeit derzeit entglitten ist.

In der Zusammenarbeit des Parlaments wurden in der Vergangenheit durchaus vertrauliche Informationen ausgetauscht. Dies diene ausschließlich der Willensbildung und wäre zu tolerieren. Wenn jedoch die Veröffentlichung solcher Informationen dazu diene, eigene Interessen zu verfolgen, sei dies nicht hinnehmbar. Der Bürgermeister betont, dass die gemeinsame Resolution wichtig sei, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschützt seien, wenn sie zum Ziel der Angriffe in den Medien werden.

Anhand einer Präsentation (Anlage) zeigt Herr Bürgermeister Rendel Beispiele für die Veröffentlichung vertraulicher Information, die Diskreditierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mehr. Er betont einmal mehr die Notwendigkeit der strafrechtlichen Verfolgung.

Die Fraktionen bringen sich mit ausführlichen Redebeiträgen zu den Resolutionen ein und legen ihre Standpunkte dar.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen (SPD)
14 Nein-Stimmen (WsR; Bündnis 90; CDU)
2 Enthaltungen (FDP)

2.1 **Änderungsantrag: Resolution der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Raunheim für ein gutes Miteinander**

Text siehe TOP 2.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
10 Enthaltungen

mehrheitlich angenommen

Blockabstimmung TOP 10, 11, 12, 13 und 14:

3. **2023-588** **1. Änderung der Abfallsatzung der Stadt Raunheim;
1. Änderung der Abfallgebührensatzung zur Abfallsatzung der Stadt Raunheim**

Bürgermeister Rendel erläutert die Vorlage und die damit verbundenen Änderungen. Der Versand der Wertstoffmarken sowie des Abfallkalenders sollen eingestellt bzw. umstrukturiert werden.

Die Verteilung der Wertstoffmarken, die die Haushalte bisher berechtigten, viermal jährlich kostenlos Wertstoffe auf dem städtischen Bauhof abzuliefern, würden eingestellt. Bei stichprobenartiger Kontrolle eines Ausweisdokumentes soll es unter Einhaltung der maximalen Abgabemenge künftig möglich sein, den Wertstoffhof dann auch häufiger anzufahren als viermal jährlich. Dadurch werde ein Anreiz geschaffen, Materialien wie Sperrmüll oder Bauschutt nicht illegal zu entsorgen.

Der Abfallkalender soll nach dem Jahreswechsel als Einlage mit dem erstmals in die Briefkästen zu verteilenden städtischen Mitteilungsblatt eintreffen, somit könne auf die durch die Verteilung entstehenden Kosten des Abfallkalenders verzichtet werden.

Beschluss:

- 1.) Die 1. Änderung der Abfallsatzung der Stadt Raunheim gemäß Anlage 1 wird beschlossen.
- 2.) Die 1. Änderung der Abfallgebührensatzung zur Abfallsatzung der Stadt Raunheim gemäß Anlage 3 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

4. **FA/2023-593** **WsR - Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2023-588 Abfallsatzung / Abfallgebührensatzung**

Der Fraktionsvorsitzende der WsR-Fraktion erläutert den Fraktionsantrag, wonach der Einwohnergleichwert von 12,5 Liter auf 7,5 Liter pro Woche zu senken sei. Der Einwohnergleichwert würde derzeit über dem Wert von Rüsselsheim liegen und sei daher entsprechend anzupassen. Ebenso solle die 60 Liter Restmülltonne künftig Berücksichtigung finden. Damit würde nicht nur das Aufkommen an Restmüll weiter reduziert, sondern auch ein Zeichen für einen verantwortungsvolleren Umgang mit den vorhandenen Ressourcen und für mehr Nachhaltigkeit gesetzt.

Durch den Städteservice soll ein Chipsystem eingeführt werden. Dieses System würde der digitalen Erfassung der Müllbehälter sowie deren Leerungsdaten dienen. Es wird vorgeschlagen, den

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
27.11.2023



E/26 - 2021/2026 -

Bereichsleiter der AöR, Herrn Fischer, in eine der Ausschusssitzungen einzuladen, um das Thema aufzuarbeiten.

Die WsR-Fraktion wandelt den Fraktionsantrag in einen Prüfantrag um.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5.	2023-575	1. Änderung der Katzenschutzverordnung für das Gebiet der Stadt Raunheim
----	----------	--

Bürgermeister Rendel weist auf einen Zahlendreher in § 3 Abs. 2 der Katzenschutzverordnung hin. Dieser solle auf redaktioneller Ebene geändert werden. Inhaltlich würde sich nichts an der Verordnung ändern.

Beschluss:

Die 1. Änderung der Katzenschutzverordnung für das Gebiet Stadt Raunheim gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6.	2023-591	Änderung der Anstaltssatzung der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR - gemeinsame kommunale Anstalt öffentlichen Rechts der Städte Raunheim und Rüsselsheim am Main hier: § 12 Abs.3
----	----------	---

Bürgermeister Rendel erläutert die Vorlage.

Bisher seien nach Feststellung des Jahresabschlusses 25 Prozent des festgestellten Überschusses in der AöR verblieben. Die Satzungsänderung sieht vor, dass der Einbehalt entfällt und Überschüsse an die beteiligten Städte erstattet werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die nachstehende Änderung der Anstaltssatzung der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR:

Aufgrund der §§ 29 a und 29 b des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 307) zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 16. Februar 2023 (GVBl. I S. 83) i.V.m. § 126a und § 19 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Februar 2023 (GVBl. I S. 90), haben die Stadtverordnetenversammlungen der Städte Raunheim am xx.xx.xxxx und Rüsselsheim am Main am xx.xx.xxxx die 1. Änderung der nachfolgenden Anstaltssatzung zur Bildung der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR beschlossen:

Anstaltssatzung der Städteservice Rüsselsheim/Raunheim AöR – gemeinsame kommunale Anstalt öffentlichen Rechts der Städte Raunheim und Rüsselsheim am Main

Artikel 1

§ 12 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

Abs. 3:

Nach Ablauf eines Wirtschaftsjahres hat der Vorstand nach der Feststellung des Jahresabschlusses die endgültige Höhe der Kostenerstattungsbeiträge zu ermitteln. Einen negativen Saldo aus den gezahlten Plan-Kostenerstattungsbeiträgen und den endgültigen Kostenerstattungsbeiträgen des jeweiligen Trägers hat der betroffene Anstaltsträger auf Anforderung durch die AöR innerhalb von vier Wochen bargeldlos auszugleichen, es sei denn, es kommt vor Ablauf der Vierwochenfrist zu einer einvernehmlichen anderweitigen Regelung, die der Zustimmung des Verwaltungsrats bedarf. Ein positiver Saldo aus den Kostenerstattungsbeiträgen fließt dem betroffenen Träger wieder zu, sofern es die Liquiditätsausstattung der AöR erlaubt.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig**

7.	2023-568	Gemeinsame Stellungnahme der Städte Raunheim und Flörsheim zum Planfeststellungsverfahren „Obligatorischer Rahmenbetriebsplan Erweiterung OST1 einschl. Änderung Rahmenbetriebsplan 2010 Quarzsand- und -kiestagebau Raunheim“
----	----------	--

Bürgermeister Rendel erläutert die Vorlage.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Raunheim billigt den Inhalt der gemeinsamen Stellungnahme beider Städte (Anlage 1) und fordert die Verwaltung auf, diese dem Regierungspräsidium Darmstadt zur Aufnahme in das Planfeststellungsverfahren zu übersenden.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig**

- | | | |
|----|----------|--|
| 8. | 2023-589 | Bebauungsplan 61.23.39 „Mainzer Straße / Bahnhofstraße“
hier: 1. Änderung |
|----|----------|--|

Der Bebauungsplan hat während der Beratung öffentlich im Sitzungssaal ausgehängen. Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion und die SPD-Fraktion nehmen zur Vorlage Stellung.

Beschluss:

1. Die Abwägung der nach den § 3 (2) und § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen **(Anlage 6)** wird im Einzelnen und die Abwägung im Gesamten beschlossen.
2. Der Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans 61.23.39 „Mainzer Straße / Bahnhofstraße“ wird gefasst und ist durch die Verwaltung öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

TOP 8.1

Abstimmungsergebnis:

**27 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 1 Enthaltung
mehrheitlich beschlossen**

TOP 8.2

Abstimmungsergebnis:

**24 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 3 Enthaltungen
mehrheitlich beschlossen**

- | | | |
|----|----------|--|
| 9. | 2023-584 | Schiedsamt;
Wiederwahl der bisherigen Schiedsfrau, Frau Anna Kollmann,
zur Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Raunheim
Wahl von Frau Francesca Lupo zur stellvertretenden Schieds-
person für den Schiedsamsbezirk Raunheim |
|----|----------|--|

Ein Mitglied der SPD-Fraktion gibt an, sich nichts unter dem Amt vorstellen zu können, desweiteren wären ihm die vorgeschlagenen Personen nicht bekannt.

Die anwesende Frau Kollmann, die seitherige Schiedsfrau, stellt sich vor und erläutert das Amt einer Schiedsperson. Ebenso beantwortet Frau Kollmann offene Fragen aus den Fraktionen. Die Abstimmung erfolgt in geheimer Wahl.

Beschluss:

1. Frau Anna Kollmann wird zur Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Raunheim wiedergewählt.
2. Frau Francesca Lupo wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Raunheim gewählt.

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
27.11.2023



E/26 - 2021/2026 -

Abstimmungsergebnis:

Frau Kollmann 19 Ja-Stimmen / 9 Nein-Stimmen

Frau Lupo 18 Ja-Stimmen / 10 Nein-Stimmen

mehrheitlich gewählt

Auf Nachfrage: Frau Kollmann nimmt die Wahl an.

10. FA/2023-542 SPD-Prüfantrag
Verbesserung der Kinder- und Jugendbeteiligung

Abstimmungsergebnis:

Blockabstimmung einstimmig

11. FA/2023-569 SPD-Prüfantrag
Entsiegelung von öffentlichen und privaten Flächen

Abstimmungsergebnis:

Blockabstimmung einstimmig

12. FA/2023-570 FDP-Antrag
zur Verkehrssicherung und Verkehrsberuhigung

Abstimmungsergebnis:

Blockabstimmung einstimmig

13. FA/2023-571 SPD-Prüfantrag
Einrichtung eines Grünschnittplatzes in Raunheim

Abstimmungsergebnis:

Blockabstimmung einstimmig

14. FA/2023-572 WsR-Prüfantrag
Anschaffung eines Mobilen Grünen Zimmers

Abstimmungsergebnis:

Blockabstimmung einstimmig

15. **FA/2023-574** **B90-Die Grünen-Antrag auf Wiederaufnahme der Berücksichtigung einer Steuerermäßigung für Hunde aus dem Tierheim oder aus staatlich anerkannten Tierschutzorganisationen**

Der Antrag wird seitens der Fraktion zurückgezogen.

16. **FA/2023-594** **SPD - Änderungsantrag zur Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Raunheim**

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig**

17. **FA/2023-546** **CDU-, WsR- und B90/Die Grünen.Antrag: Aufhebung der Drucksache 2023-515: Hier Nachträgliche Genehmigung von Provisionszahlungen an den Betriebsleiter des Eigenbetrieb Stadtentwicklung**

Der Stadtverordnetenvorsteher weist auf einen redaktionellen Fehler hin: Der Beschluss sei am 21.09.2023 mit der Ergänzung gefasst worden, dass der Nebensatz „da dieser gegen das Recht verstößt“ gestrichen wurde.

Bürgermeister Rendel nimmt Stellung zum Fraktionsantrag. Der Antrag sei gewissenhaft geprüft worden und man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass sowohl die Begründung als auch die vorgeschlagene Vorgehensweise rechtswidrig sei, weil diese die Bestimmungen der HGO umgehen würden. Herr Bürgermeister Rendel schlägt vor, in einen Dialog eintreten zu wollen, um eine Vorgehensweise zu wählen, die für alle Seiten zufriedenstellend und zielführend sei. Sowohl der Magistrat als auch er würden für Gespräche zur Verfügung stehen.

**Abstimmungsergebnis:
ohne den Nebensatz
da dieser gegen das Recht verstößt“:
17 Ja-Stimmen; 11 Nein-Stimmen
mehrheitlich beschlossen**

18. **Schriftliche Anfrage SPD-Fraktion
Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und Beschränkungen von
Glücksspielbetrieben in Raunheim**

Ein Mitglied der SPD-Fraktion bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Anfrage und fragt an, warum die Einnahmen aus der Glücksspielsteuer erheblich gestiegen sind. Mutmaßlich würde es an einer guten Kontrolle, einem hohen Suchtpotential bzw. Spielfreude oder Verdacht der Geldwäsche liegen.

Bürgermeister Rendel berichtet, dass es in Raunheim eine hohe Anzahl an Spielautomaten gebe. Hinzu würde noch die allgemeine Beliebtheit von Glücksspielen kommen – daraus resultierend auch hohe Einsätze und Gewinne. Raunheim sei seit mehreren Monaten die IKZ-Zentrale zur Überwachung des Gaststättenrechts. Durch einen Mitarbeiter würden effektive Kontrollen durchgeführt.

Seitens der SPD-Fraktion wurde weiterhin angefragt, ob seitens des Landes- oder Bundesgesetzgebers mehr getan bzw. das Glücksspiel in Gänze verboten werden müsste.

Bürgermeister Rendel erwidert, dass man sich auf kommunaler Ebene am oberen Ende aller Möglichkeiten bewege. Wünschenswert sei, wenn es auf Bundes- oder Landesebene entsprechende gesetzliche Änderungen im Hinblick auf Lizenzvergaberichtlinien oder Regulierung von Einsatz- oder Verlustlimits geben würde.

19.

Verschiedenes

- Ein Mitglied der CDU-Fraktion fragt nach dem Stand der Sache hinsichtlich der Toiletten auf dem Bahnhofsvorplatz an.
Bürgermeister Rendel erklärt, dass das Thema in Bearbeitung sei. Jedoch aufgrund personeller Einschränkungen würden sich einige Projekte verzögern. Der aktuelle Umsetzungstermin werde nachgereicht.
- Ein Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen fragt an, wann die erneuerte Drahtseilbahn auf dem Waldspielplatz in Betrieb genommen wird.
Bürgermeister Rendel erklärt, dass er in Kürze eine Rückmeldung dazu geben werde.
- Ein Mitglied der FDP-Fraktion fragt nach dem Stand der Sache von dem von der AöR Raunheim Rüsselsheim (Städteservice) freigestellten Mitarbeiters.
Bürgermeister Rendel erklärt, dass der freigestellte Mitarbeiter nicht bei der Stadt Raunheim angestellt sei, sondern bei der AöR. Da ein Arbeitsverhältnis mit der AöR bestehen würde, könne seitens der Stadt Raunheim nicht eingegriffen werden.
Der Fraktionsvorsitzende der WsR-Fraktion fragt an, warum nicht die Möglichkeit bestehen würde, diesen Mitarbeiter in ein Angestelltenverhältnis bei der Stadt Raunheim zu übernehmen. Dies sei zurückliegend bei anderen Mitarbeitern möglich gewesen.
Bürgermeister Rendel erklärt, dass seitens der AöR keine Ambitionen gemacht wurden, diesen besagten Mitarbeiter zur Stadt zurückzuführen. Es gäbe keine grundsätzliche Möglichkeit, den Mitarbeiter wieder in die Stadt zu übernehmen. Es gebe einen Passus in dem damaligen Überlassungsvertrag, dass, sollte die AöR aufgelöst bzw. nicht fortbestehen, die übergeleiteten Mitarbeiter ein Recht auf Rückkehr eingeräumt sei.
- Bürgermeister Rendel gibt einen ausführlichen Sachstandsbericht hinsichtlich des im August beschlossenen Mitteilungsblattes. Dieses soll erstmalig im kommenden Jahr - beginnend mit dem 12.01.2024 - zur Austeilung kommen. Das Mitteilungsblatt trägt den Namen „Raunheim aktuell“ und würde alle 14 Tage erscheinen. Die Zustellung würde durch Einwurf in den Briefkasten erfolgen, sofern die Bürgerinnen und Bürger dem Einwurf von Werbung nicht widersprochen haben. Ebenfalls sei eine Online-Ausgabe verfügbar, welche u.a. über die Homepage der Stadt Raunheim abgerufen werden könne, sowie von einer Smartphone-App. Für Raunheimer Vereine, Organisationen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften besteht ebenfalls die Möglichkeit, Berichte im Mitteilungsblatt veröffentlichen zu können, dazu würde es für die Vertreterinnen und Vertreter eine Schulung am 10.01.2024 stattfinden.
- Ein Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen fragt an, warum die Umfragetermine zum Nahwärme-konzept verschoben wurden.
Bürgermeister Rendel erwidert, dass dies verwaltungs-/ablauftechnische Gründe habe und in Kürze in die Abfrage gestartet würde.

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
27.11.2023



E/26 - 2021/2026 -

- Ein Mitglied der WsR-Fraktion fragt nach dem Stand bezüglich der Raunheim-App an. Bürgermeister Rendel gibt an, dass die Sachstandsmitteilung zum Bereich „Digitales“ (Smart City App) in der nächsten Stadtverordnetenversammlung eingebracht würde.
- Ein Mitglied der SPD-Fraktion fragt an, wann am Bahnhof die Unterführung renoviert wird. Herr Bürgermeister Rendel erklärt, dass die Umsetzung für das kommende Jahr geplant sei.
- Ein Mitglied der WsR-Fraktion fragt nach dem Stand der Sache bzgl. der neu zu errichtenden Parkplätze im Ringstraßengebiet an. Bürgermeister Rendel berichtet, dass man im engen Kontakt mit der GWH stehen würde. Die letzten Detailfragen wären in Klärung. Die Umsetzung der neu zu errichtenden Parkplätze sei für Anfang des kommenden Jahres geplant. Weiterhin wurde seitens der WsR-Fraktion angefragt, ob für die neu errichteten Bushaltestellen in der Ringstraße eine Überdachung geplant sei. Bürgermeister Rendel erklärt, dass an den beiden neuen Bushaltestellen sowohl Sitzmöglichkeiten als auch eine Überdachung vorgesehen sei.

Der Stadtverordnetenvorsteher fragt an, ob die TOP 20 und TOP 21 im öffentlichen Teil behandelt werden können, oder ob Zahlen und Namen genannt werden müssen. Dies wurde seitens der anwesenden Stadtverordneten verneint, sodass die TOP 20 und 21 öffentlich beraten wurden (ohne Nennung von Zahlen und Namen).

nicht-öffentlicher Sitzungsteil

20. 2023-576 **Jahresvertrag zur Ausführung von Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten im Bereich Straßen-, Kanal- und Tiefbauarbeiten**
Hier: Auftragsvergabe

Beschluss:

Das Bauunternehmen Bischofsheimer Baubetrieb GmbH & Co. KG aus Bischofsheim erhält einen Jahreskleinarbeitenvertrag für die Ausführung von Straßen-, Gehweg- und Kanalbauarbeiten im Stadtgebiet mit einem Auftragswert in Höhe von voraussichtlich brutto 184.000,- EUR.

Der Auftrag wird befristet auf ein Jahr erteilt und kann insgesamt zweimal um ein weiteres Jahr verlängert werden. Mit Ablauf des dritten Jahres sind die Leistungen erneut auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

21. 2023-586 **Stundungsantrag zur Gewerbesteuer**

Ein Mitglied der WsR-Fraktion fragt an, wie viele Stundungsanträge es im laufenden Jahr gegeben habe. Es sei der Fraktion lediglich ein Stundungsantrag bekannt. Bürgermeister Rendel erläutert, dass es mehr als einen Stundungsantrag gegeben habe. Jedoch würden nur Stundungsanträge vorgelegt, die die entsprechenden Wertgrenzen der Hauptsatzung übersteigen. Die übrigen Stundungsanträge würden regelmäßig durch den Magistrat abgehandelt.

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
27.11.2023



E/26 - 2021/2026 -

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Gewährung des Stundungsantrags zur Gewerbesteuer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Luca Kissel
(Stadtverordnetenvorsteher)

Gabriele Marquardt
(Schriftführerin)